

Ökolumne

Ein neuer Weltklimavertrag

von Ulrich Brehme

In Paris wurde am 12.12.15 ein Vertrag für ein neues Klimaabkommen unter 195 Nationen einstimmig beschlossen, der das ausgelaufene Kyoto-Protokoll von 1997 weiterführt. Grundlage für diesen Vertrag war die Einigung zwischen den USA und China, sich gemeinsam für einen neuen Klimavertrag einzusetzen. Die EU, Afrika und die Inselstaaten waren sowieso dafür. Dagegen waren zuletzt nur noch Indien, Saudi-Arabien und Südafrika.

Im Vertrag wurde das Ziel festgelegt, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen - und ihn somit deutlich unter der 2-Grad-Marke zu halten. Die Nennung des 1,5-Grad-Ziels war eine Forderung der besonders bedrohten Länder wie der Inselstaaten und auch Deutschlands. Bisher laufen die vorgelegten freiwilligen Klimaschutzpläne der Staaten noch auf eine Erderwärmung im Jahr 2100 von 2,7 Grad zu.

Es wurden Finanzhilfen in Höhe von jährlich 100 Mrd. Dollar ab 2020 an die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Länder beschlossen. Eine Steigerung der Mittel ist nach 2025 vorgesehen. Ab 2026 sollen auch wohlhabende Entwicklungsländer einen Beitrag dazu leisten. Aber es soll keine rechtliche Haftung und keine automatische Entschädigung geben.

Ab jetzt müssen sich auch die Entwicklungsländer verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen zu begrenzen und werden dabei kontrolliert. In Zukunft wird nicht mehr zwischen Industrie- und Entwicklungsländern unterschieden. Dieser Streit hatte die letzten Klimaverhandlungen immer wieder zum Scheitern gebracht.

Das Kyoto-Protokoll schrieb für einzelne Staaten bindenden Ziele zur Reduktion gegenüber den CO₂-Emissionen von 1990 fest. Der Pariser Klimavertrag beruht auf freiwilligen Selbstverpflichtungen für Emissionsobergrenzen. Ob das ein wirksamer Weg ist, muß sich noch zeigen. Vor dem Klimagipfel haben 186 Staaten freiwillige nationale Klima-Ziele vorgelegt. Diese führen zu Emissionen von 55 Mrd. t CO₂ im Jahr 2030. Viel größere Emissionsreduktionen sind erforderlich, um das 2-Grad-Ziel noch einzuhalten. Dafür dürften weltweit maximal 40 Mrd. t CO₂ freigesetzt werden.

Noch vor 2020 sollen sich die Staaten treffen, um ihre gemachten Zusagen zu überprüfen. Bald danach soll ein gemeinsames Überprüfungssystem installiert werden. Allerdings werden die nationalen Klimaziele weiterhin von den einzelnen Ländern festgelegt. Jedes Land soll Bilanzberichte seines CO₂-Ausstoßes vorlegen. Der Vertrag sieht vor, dass die selbstgesteckten Ziele ab 2023 alle fünf Jahre überprüft und verschärft werden sollen. Alle 5 Jahre wird eine Nachbesserungsrunde für die nationalen Klimaziele stattfinden, um auf einen 2- bis 1,5-Grad-Pfad einzuschwenken. Erstmals würde das erst 2023 stattfinden. Bis zum Jahr 2050 wird im Vertrag die vollständige Umstellung im Energiesektor auf Treibhausgasneutralität und bis zum Zeitraum 2070-90 das Erreichen der Treibhausgasneutralität in allen anderen Sektoren gefordert. Dann kann das 2-Grad-Limit eingehalten werden. Zunächst stand die Forderung der G7-Staaten nach „Dekarbonisierung“ im Vertragsentwurf, dann „Emissionsneutralität“ und schließlich „Klimaneutralität“. Dieser wurde dann durch eine Definition umschrieben: "Menschengemachte Emissionen und die Entfernung von Treibhausgasen aus der Atmosphäre durch Senken" sollen sich nach 2050 „im Gleichgewicht" befinden. Hier

versuchen Energie-Lobbyisten mit Kohlenstoffspeichern, CCS, AKWs oder Klimamanipulation mit Geoengineering neue Lücken zu schaffen. Allerdings ist damit auch erstmals der Schutz der Regenwälder mit im Klimavertrag enthalten.

Wenn sich die Staatengemeinschaft nächstes Jahr zum Klimagipfel in Marokko trifft, werden wir sehen, wie der Vertrag konkret umgesetzt wird. Sinnvoll wäre ein weltweiter Emissionshandel mit wirksamen CO₂-Mindestpreisen und nationalen Ökosteuern für alle, die nicht am Emissionshandel teilnehmen. Zusätzlich muß weltweit der Aufbau von regenerativen Energieversorgungssystemen vorangebracht werden. Das sind die Chancen, die sich aus dem neuen Pariser Klimavertrag entwickeln lassen.